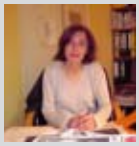
Wir

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 10 / Dezember 2008



Armut im Alter
Gerlinde Schröder

Seite 3

Interview:
Klaus Neumann

Seite 8

Alte, wollt ihr ewig leben?
Toni Brinkmann

Seite 10

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

das ist unsere 10. Ausgabe. Für uns - eine kleine Gruppe von ehrenamtlichen Zeitungmachern ein Grund zu feiern, auch wenn es bei uns nicht viel zum Feiern gibt. Die Armut, auch in Deutschland, eines der reichsten Länder der Welt, nimmt immer mehr zu. Gleichzeitig steigt die Zahl der Millionäre. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander.

In dieser Ausgabe wollen wir einige Ursachen dieser Entwicklung beschreiben. Warum müssen so viele Menschen in Armut leben? Was sind die Hintergründe der Armut vor allem bei den älteren Meschen?

Wir wissen, dass dieser Zustand nicht vom Himmel fällt, sondern „menschliche" Hintergründe hat, von Menschenhand gemacht ist. Wir wollen mit unserer Zeitung dazu beitragen, dass die Hintergründe dieser Armut verstanden werden.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" ist im Internet als PDF-Dateien einsehbar (siehe Rückseite).

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Inhalt

Armut im Alter 3
Kinder- und Altersarmut 5
Beratung für Erwerblose ver.di 8
Alte wollt ihr ewig leben? 10
Forderungen der Gewerkschaften 12
Impressum 15
Archiv 16

Titelfoto: www.rotekulturlinks.de/

Armut im Alter

Gibt es das überhaupt? In der derzeitigen gesellschaftlichen Verteilungsdiskussion werden die älteren Mitbürger wegen ihrer eher noch gesicherten Renten als Vorteilsnehmer gesehen. Sicherlich ist dies auch für einen relativ hohen Anteil der Rentner richtig. Laut Statistik wird in den nächsten Jahren so viel Kapital vererbt wie nie zuvor.

Es gibt aber auch die anderen und leider überwiegendend Frauen, die trotz lebenslanger Arbeit und Erziehung von mehreren Kindern unter der vom Deutschen Institut für Wirtschaftforschung (DIW) festgestellten, „Armutsgrenze" von rund 890 € Nettoeinkommen im Monat liegen.

Das heißt konkret, Alleinlebende mit einem solchen Einkommen oder Rente sind laut DIW armutsgefährdet, während laut Regierung ein Ein-Personen-Haushalt mit 781 € Nettoeinkommen als arm gilt.

In letzter Zeit bekommen wir verstärkt von älteren Mitbürgern oder deren Angehörigen Anrufe und Anfragen, weil immer mehr Rentner mit dem Einkommen nicht mehr auskommen. Oft bestand schon lange ein Überziehungskredit bei ihrer Bank, den sie inzwischen vollständig ausnutzen mussten, um die notwendigen Lebenshaltungskosten zu bestreiten.

In verschiedenen Fällen kündigte die Bank den Überzeihungskredit und verrechnete eine gesamte monatliche Rentenzahlung zum Ausgleich, führte keine Daueraufträge oder Einzugsermächtigungen mehr aus, und es waren keine Barauszahlungen möglich. Auch ohne vorherige Ankündigung.

Die betroffenen Kontoinhaber haben neben dem Ärger zunächst die dadurch entstandenen Kosten zu tragen und meist keine finanziellen Rücklagen, bis eine Klärung mit der Bank erfolgt ist.

Wie wir in unserer Beratungstätigkeit immer wieder feststellen, werden Hilfsangebote, wie z. B. Schuldnerberatungsstellen von älteren Mitbürgern oft erst aufgesucht, wenn „Nichts mehr geht". Die Gründe hierfür sind vielfältig. Überwiegend ist es wohl das Unbehagen über das Eingestehen vom scheinbaren finanziellem Scheitern oder die Angst, das Leben finanziell allein nicht mehr meistern zu können.

Gerlinde Schröder

Leider kommt es immer wieder vor, dass Mitbürger im Rentenalter das Insolvenzverfahren durchführen lassen, weil selbst geringe Vergleichszahlungen an die Gläubiger nicht leistbar sind. Die Pfändungsfreigrenze für Personen ohne Unterhaltsverpflichtungen liegt dabei laut Zivilprozessordnung (ZPO) bei 990 € netto monatlich. Sozialleistungen, wie Renten, die unter diesem Satz liegen oder Grundsicherung nach dem SGB XII, sind z. B. bei Kontopfändungen bis zu 7 Tagen nach Eingang auf dem Konto geschützt.

Wir erleben in unserer Beratungsstelle nur die Spitze des Eisbergs.

Seit Jahren steigen die Energie- sowie Lebenshaltungskosten und die Beiträge zur Sozialversicherung der Renten. Steigende Eigenbeteiligung bei Medikamenten und Heilmitteln haben besonders problematische Auswirkungen. Ältere Patienten verzichten auf den oftmals wichtigen Arztbesuch, weil gerade in diesem Monat die Praxisgebühr oder die Zuzahlungen für Medikamente nicht geleistet werden können. Die gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen und möglichen Folgekosten sind auch wirtschaftlich nicht abzuschätzen.

Die finanziellen Spielräume von Beziehern kleiner Renten werden enger oder

Karikatur: Freimut Woessner

sind bereits nicht mehr vorhanden. Auch Grundsicherung nach dem SGB XII ergänzt nur niedrige Renten unterhalb von 351 € zuzüglich anerkannter Wohn- und Heizkosten.

Für Bezieher dieser kleinen Renten ist Armut kein Fremdwort.

Um der Gefahr von Altersarmut zumindest künftig wirksamer zu begegnen, ist ein Umdenken in der Politik erforderlich. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf die Mindestlohndebatte und deren Folgen für den späteren Rentenbezug.

Gerlinde Schröder
Schuldner- und Insolvenzberaterin
Solidarische Hilfe e. V.

Solidarische Hilfe e.V.:

Schuldner- und Insolvenzberatung
Anerkannt gem. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnug

- Termine nach Vereinbarung -

Bremen-Nord:
Lindenstr. 1 b in 28755 Bremen
Tel. 0421 - 65 86 966
Fax 0421 - 65 307 35

Bremen-Süd / Neustadt:
Kornstr. 13 in 28201 Bremen,
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 13 Uhr
Tel. 0421 - 50 40 36
Fax 0421 - 50 40 37

Hemelingen:
Godehardstr. 3 in 28309 Bremen
Tel. 0421 - 45 66 40
Fax 0421 - 41 58 35

Walle:
Landwehrstr. 117 in 28217 Bremen
Tel. 0421 - 38 04 559
Fax 0421 - 38 04 561

Neu: Einkaufspassage Kattenturm
Gorsemannstr. 3 in 28201 Bremen,
Dienstag bis Donnerstag 14 bis 17 Uhr
Tel. 0421 - 620 15 25

Kinder- und Altersarmut

Bis zur Großen Rentenreform, d Konrad Adenauer als damaligem Kan ler und seiner CDU als führender Regi rungspartei bei der Bundestagswahl i September 1957 den größten Wahlerfo hierzulande überhaupt bescherte, ware meistenteils ältere Frauen, die keine od nur geringe Rentenansprüche hatten, vo Armut betroffen. Über ein Jahrzehnt na Kriegsende hausten immer noch zahlreic Greisinnen auf Trümmergrundstücke und in feuchten Kellern, wo es kalt und d Nahrung knapp war. Nunmehr wurde d aus Bismarcks Zeiten stammende Kapita deckungsprinzip durch ein modifiziert Umlageverfahren ersetzt und die Altersrente dynamisiert, d.h. dem wachsenden Wohlstandsniveau regelmäßig angepasst. Mit dem *Bundessozialhilfegesetz* (BSHG) wurde 1961 das überkommene Fürsorgerecht abgelöst und ein vor Gericht einklagbarer Rechtsanspruch auf Mindestsicherung geschaffen. In einer Zeit des relativ kontinuierlichen Wachstums von Wirtschaft und allgemeinem Wohlstand setzten unterschiedlich zusammengesetzte Bundesregierungen diese Traditionslinie der Sozialgesetzgebung fast bruchlos fort, wodurch Armut hierzulande zwar nicht ausgerottet, aber spürbar zurückgedrängt und jahrzehntelang eher zu einer gesellschaftlichen Rand(gruppen)erscheinung wurde.

Christoph Butterwegge

(Kinder-) Armut und Reichtum in der Bundesrepublik – ein Überblick

Auf dem Höhepunkt des konjunkturellen Aufschwungs lebten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im März 2007 fast 1,929 Mio. Kinder unter 15 Jahren (von ca. 11,44 Mio. dieser Altersgruppe insgesamt) in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, landläufig „Hartz-IV-Haushalte" genannt. Rechnet man die übrigen Betroffenen (Kinder in Sozialhilfehaushalten, in Flüchtlingsfamilien, die nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* ein Drittel weniger als die Sozialhilfe erhalten, und von sog. Illegalen, die gar keine Transferleistungen beantragen können) hinzu und berücksichtigt außerdem die sog. Dunkelziffer (d.h. die Zahl jener eigentlich Anspruchsberechtigter, die aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen keinen Antrag auf Sozialhilfe bzw. Arbeitslosengeld II stellen), leben etwa 2,8 Millionen Kinder, d.h. mindestens jedes fünfte Kind dieses Alters, auf oder unter dem Sozialhilfeniveau. Gleichzeitig beträgt das Privatvermögen der beiden reichsten Deutschen, der Gebrüder Albrecht (Eigentümer der Aldi-Ketten Nord und Süd), 37,5 Mrd. EUR. Verschärft wird das Problem der sozialen Polarisierung durch eine gesellschaftliche Spaltung in „Drinnen" (Integrierte) und „Draußen" (Exkludierte) sowie erhebliche regionale Disparitäten (Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle). So lebten in Görlitz 44,1 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten, wohingegen es beispielsweise im wohlhabenden bayerischen Landkreis Starnberg nur 3,9 Prozent waren.

Die gegenwärtige Dramatik der Armut resultiert in erster Linie aus einer sich verschärfenden Weltmarktdynamik, denn die wirtschaftliche Globalisierung führt keineswegs zur Verallgemeinerung des Wohlstandes. Vielmehr wirkt der Globalisierungsprozess im Rahmen der Standortpolitik als „soziales Scheidewasser", das die Bevölkerung der Bundesrepublik wie die anderer Länder in Gewinner und Verlierer/innen, diese jedoch wiederum in Marginalisierte (Dauerarbeitslose, Deprivierte und Langzeitarme) einerseits sowie Geringverdiener/innen (prekär Beschäftigte, von Überschuldung Bedrohte und Kurzzeitarme) andererseits spaltet. Während die Dauerarbeitslosen den „sozialen

Bodensatz“ im Gegenwartskapitalismus bilden, verkörpern die Niedriglohnempfänger/innen, oftmals Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten entstammend, eher das „Treibgut“ des Globalisierungsprozesses.

Die latente, aber auch die evidente Armut von Obdachlosen, Trebegänger(inne)n und Bettler(inne)n hat – besonders in den urbanen Zentren und den ostdeutschen Bundesländern – stark zugenommen. Wie man heute seinen Luxus, motiviert durch ein verändertes gesellschaftliches Klima, offener als früher zur Schau stellt, manifestiert sich auch die Armut deutlicher, weil sie breiter streut und tiefer reicht. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik, die nach wie vor zu den reichsten Nationen der Welt gehört, künftig eher mehr als weniger Armut geben wird. Dies gilt hauptsächlich für Ostdeutschland, wo sich der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates noch drastischer auswirkt als in Westdeutschland, weil die dortigen Familien stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Verschärft wird das Problem durch kräftig steigende Preise für Energie (Gas, Öl und Strom) sowie Lebens-, Nahrungs- und Genussmittel, aber auch höhere Verbrauchssteuern (Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent ab 1. Januar 2007), die sozial benachteiligte Mehrkinderfamilien besonders hart treffen.

In den letzten Jahren wurde der Wohlfahrtsstaat in einer Weise reformiert, die Kinderarmut nicht reduziert, sondern zementiert und zum Teil selbst produziert hat. In einer nach neoliberalen Vorstellungen umstrukturierten Hochleistungsgesellschaft, die Konkurrenz bzw. Leistung geradezu glorifiziert und Letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, erscheint Armut funktional, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung „verdient“ haben. Armut ist mithin kein „Betriebsunfall“ oder „unsozialer Kollateralschaden“, vielmehr konstitutiver Bestandteil einer kapitalistischen Marktwirtschaft im Zeichen der Globalisierung.

Die ideologische Entsorgung des Armutsproblems

Armut führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, vornehmlich im Arbeits-, Gesundheits-, Wohn-, (Aus-)Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich, was manche Kommentatoren veranlasst, Armut zu subjektivieren bzw. zu individualisieren und sie auf die Bildungsferne oder Kulturdefizite der Betroffenen zurückzuführen. So behauptete der Historiker Paul Nolte, das Hauptproblem der Unterschicht sei gar nicht die Armut, sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und „Unterschichten-Fernsehen“. Bildungsbenachteiligung führt entgegen solcher Halbwahrheiten, wie sie die manche Autoren verkünden, nicht zur Begründung einer Armutskultur, sondern sind primär Folge materieller Entbehrungen.

Umgekehrt ist Bildung auch kein Patentrezept gegen (Kinder-)Armut. Was

zum individuellen Aufstieg taugen mag, versagt als Generallösung. Wenn alle Kinder mehr Bildungsmöglichkeiten bekommen, konkurrieren sie um die (zu) wenigen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplätze womöglich nur auf einem höheren Niveau, aber nicht mit besseren Chancen. Folglich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und abgeschlossenem Hochschulstudium, aber kaum weniger Armut. Eine bessere (Aus-)Bildung erhöht die Konkurrenzfähigkeit eines Heranwachsenden auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch die Erwerbslosigkeit und die (Kinder-)Armut als gesellschaftliche Phänomene zu beseitigen.

Die soziale Polarisierung, Folge einer Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Vorbild des Marktes, wirkt sich auf sämtliche Altersgruppen gleich aus: Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher; wenn man so will, bildet sie dessen Kehrseite. Es gab noch nie so viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem riesigen Vermögen wie heute. Um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile für sich bzw. die eigene Familie zu erlangen, übertragen wohlhabende Eltern einen Teil ihres Vermögens kurz nach der Geburt auf ihre Kinder. Umgekehrt sind heute nicht mehr so viele Rentner/innen von Armut betroffen wie während der 1950er- und frühen 1960er-Jahre, aber es gibt noch immer sehr viele Rentner/innen (vor allem Frauen), die mit Kleinstrenten auskommen oder die soziale Grundsicherung im Alter beanspruchen müssen.

Von der Infantilisierung zur (Re-) Seniorisierung der Armut?

Neben den (Langzeit-)Arbeitslosen, Behinderten und Kranken bzw. ihren Kindern gehören Rentner/innen zu den Hauptbetroffenen der „Reformen“, die das System der sozialen Sicherung in den letzten Jahren bis ins Mark erschüttert haben. Längst geht es nicht mehr nur um Leistungskürzungen, die davon Betroffene im Einzelfall hart genug treffen, sondern auch um Strukturveränderungen, die zu einem Systemwechsel führen. Durch die sog. Riester-Reform wurde beispielsweise das Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben, noch bevor man dies mittels Hartz IV im Arbeitsmarktbereich realisierte. Schönfärberisch als „Zusammenlegung mit der Sozialhilfe“ verharmlost, war die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein politischer Markstein auf dem Weg zum Fürsorge, Almosen- bzw. Suppenküchenstaat und ein Rückschritt in der Entwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, zumal sie mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging. War die Arbeitslosenhilfe noch eine Lohnersatzleistung, die sich selbst Jahre oder Jahrzehnte später nach der Höhe des vorherigen Nettoverdienstes richtete, ist das Arbeitslosengeld II genauso niedrig wie die Sozialhilfe.

Aufgrund der starken Zunahme diskontinuierlicher Erwerbsverläufe, von Ehescheidungen und zahlreicher Kürzungen im Sozialbereich dürfte sich die Struktur der Armutspopulation demnächst wieder in Richtung der Älteren verschieben. Ausdrücklich genannt seien: die Teilprivatisierung der Altersvorsorge; die wiederholte Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung, welche die Bundesanstalt bzw. -agentur für Arbeit im Falle der Erwerbslosigkeit entrichtet; die Einführung des „Nachhaltigkeits-“ und des „Nachholfaktors“; die irrigerweise als „Nullrunde“ bezeichnete Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung 2004 ff.; künftig zu erwartende höhere Abschläge durch die Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre. Mit besonderer Härte trifft die Heraufsetzung des Rentenalters (unter) durchschnittlich Verdienende. Wer von den Betroffenen eine sog. Riester-Rente abgeschlossen hat, kann darauf nicht zurückgreifen, weil sie auf die Grundsicherung im Alter voll angerechnet wird. Da es weder genügend Stellen für ältere Arbeitnehmer/innen noch Maßnahmen der Gesundheitsförderung und der beruflichen Weiterbildung gibt, die eine Annäherung des faktischen Renteneintrittsalters an die bisherige Regelaltersgrenze von 65 erlauben würden, bedeutet die Rente mit 67 deren Kürzung. Nach dem Auslaufen der sog. 58er-Regelung werden Langzeitarbeitslose künftig mit 63 Jahren zwangsverrentet, was ihre Rentenansprüche verringert. Zu befürchten ist eine (Re-)Seniorisierung der Armut, zumal mittlere Jahrgänge, die noch erwerbstätig sind, als „Generation im Übergang“ zur nachgelagerten Rentenbesteuerung durch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene *Alterseinkünftegesetz* übermäßig belastet werden.

Literatur

Christoph Butterwegge, Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl. Wiesbaden 2006

Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007

Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Belke-Zeng, Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland, 2. Aufl. Wiesbaden 2008

Beratung für Erwerbslose des ver.di Erwerbslosenausschuss Bremen

Interview mit Klaus Neumann

Wie ist die Beratungsstelle entstanden?

Ich bin selbst erwerbslos. 2005 wurden die Hartz-Gesetze eingeführt und viele weitere Kolleginnen und Kollegen hatten Schwierigkeiten, allein beim Ausfüllen dieses 16- seitigen Formularblattes. So hatte ich die Idee, ihnen eine Hilfestellung zu geben.

Warum machst du diese Arbeit?

Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass ich seit Jahren Gewerkschaftsarbeit mache, nicht nur diese Erwerbslosen-Beratung. Früher war ich auch Jugendvertreter, Vertrauensmann und Betriebsrat. Ich denke auch, dass es die Aufgabe der Gewerkschaften ist, ihren Mitgliedern Hilfestellung anzubieten, wenn sie erwerbslos sind und nicht nur, wenn sie berufstätig sind.

Haben die älteren Arbeitslosen größere Probleme als die jüngeren?

Ich denke, dass es da wenig Unterschiede zwischen Alt und Jung gibt. Die großen Probleme innerhalb des letzten und vorletzten Jahres waren die Miet- und Heizkosten. Viele standen vor dem Problem, weil ihnen angedroht wurde, dass nicht die volle Miete übernommen wird. Das hat sich jetzt leicht verbessert, seitdem die Obergrenzen für die Miete angehoben wurden. Kollegen, die jahrelang einen guten Job hatten, ein Eigenheim gekauft oder sich eine Eigentumswohnung zugelegt haben, stehen dann zum Beispiel vor solchen Problemen: Wer übernimmt die Reparaturkosten, wenn das Dach kaputt ist oder die Regenrinne neu gemacht werden muss? Wer bezahlt den Kauf von Heizöl, wenn es gerade billig ist und man vier- oder fünftausend Liter kaufen will? Das sind dann Dinge, mit denen sich die Leute herumschlagen und dann mit der Bagis streiten.

Viele reden davon, dass sich die Situation der Arbeitslosen in den letzten Jahren enorm verschlechtert hat. Seit wann ist das so und warum?

Seitdem die Hartz-Gesetze eingeführt wurden, hat sich einschneidend was geändert. Bei der Arbeitslosenhilfe – als es sie noch gab – war es so, dass die Rentenbeiträge auf der Grundlage 80 % vom letzten Nettogehalt gezahlt wurden. In meinem Fall: Ich habe als Umweltschutztechniker relativ gut verdient, bevor ich arbeitslos geworden bin. Dieser Verdienst war die Grundlage. Da habe ich ca. 600 DM in die Rentenkasse eingezahlt, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil. Jetzt zahle ich noch oder zahlt die Bagis ganze 40 Euro in die Kasse ein.

Was heißt das für deine Rente konkret?

Ich werde keine Rente kriegen. Ich würde eine minimale Rente bekommen und wäre auf Unterstützung angewiesen. Ich bekäme eine Mindestrente. Und die Gelder, die ich jahrelang gut verdienend eingezahlt habe, habe ich umsonst gezahlt. Die hat irgendjemand bekommen, aber ich nicht.

Man spricht Heute von Altersarmut ...

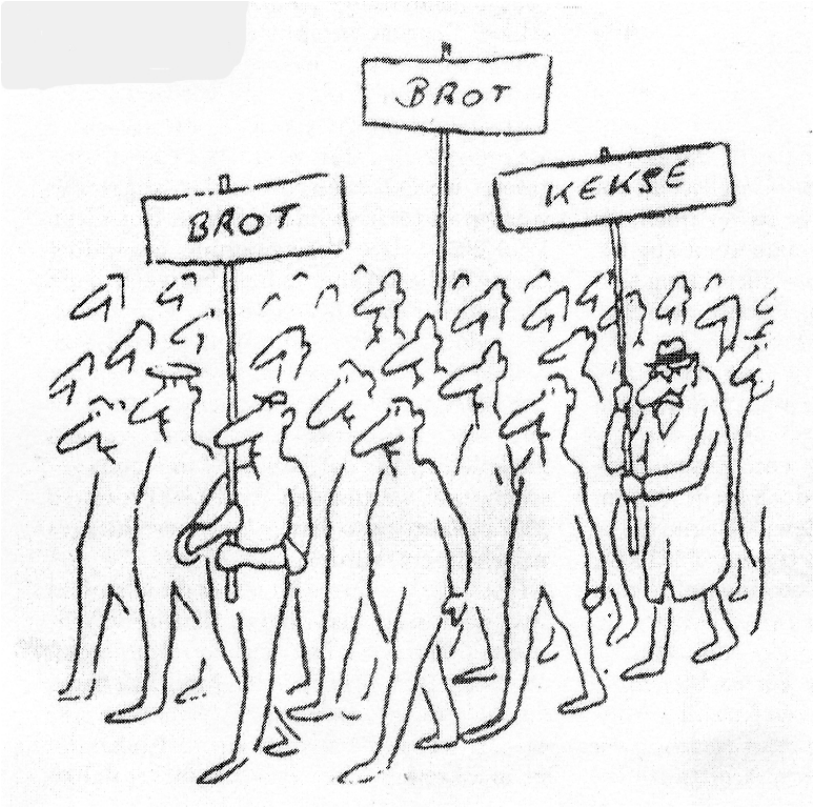
Diese Armut betrifft nicht nur Rentner, sondern alle die, die von ALG II leben müssen und es sind immer mehr Leute, die ein ergänzendes Arbeitslosengeld bekommen. Das heißt, sie haben so miese Jobs, dass sie sogar Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben. Im Jahre 2005 hatten 1,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte Anspruch auf ALG II. Hinzu kommen noch 1,3 Millionen Teilzeitbeschäftigte. Das sind zusammen 2,5 Millionen Menschen, die zwar arbeiten, aber die davon nicht leben können. Deswegen betrifft diese Fragen der Armut nicht nur Ältere und Rentner, sondern inzwischen auch viele andere.

Wann hat es eigentlich mit den Hartz-IV-Gesetzen angefangen?

Mit den Hartz-Gesetzen ging es ja nicht 2005 los. 2005 wurde das letzte Hartz-Gesetz, ALG II, eingeführt. Die ersten Hartz-Gesetze waren 2003. Das war der große Einschnitt. Mit den Hartz-Gesetzen I, II, III wurde zum Beispiel die Leiharbeit legalisiert. Seitdem boomt die Leiharbeit. Es gibt immer weniger Vollzeitbeschäftigte, d.h. der ganze Arbeitsmarkt wurde, wie es heute so schön heißt, dereguliert und damit sind amerikanische Verhältnisse eingezogen: Die Leute haben zwei 400-Euro-Jobs, damit sie sich über Wasser halten können und ergänzendes Arbeitslosengeld II bekommen.

Auf diesem Wege ist meiner Meinung nach auch der Mindestlohn eingeführt worden. Das ist dieser Ein-Euro-Job. Es ist der Mindestlohn und nichts anderes, weil – das ist ja das Perverse – die Leute, die einen Ein-Euro-Job haben, teilweise mehr in der Tasche haben als die, die einer regulären Arbeit nachgehen. Weil man alles, was beim Ein-Euro-Job dazuverdient, darf man ja behalten. Es wird nicht angerechnet. Wenn man sich aber einen Nebenjob sucht als Zeitungsausträger, hat man 100 Euro frei und alles, was darüber hinaus geht (bis 400 Euro), sind 20 % frei und der Rest wird angerechnet, d.h. die Leute mit Nebenjobs stehen sich zum Teil schlechter, als die, die einen Ein-Euro-Job haben.

Andererseits sind beim öffentlichen Dienst viele Aufgaben, zum Beispiel Personal in den Schulkiosken, Ein-Euro-Jobs. Es ist irre. Die Grundlage dafür waren alle Hartz-Gesetze und nicht nur Hartz IV. Kündigungsschutz für Ältere ab 55 Jahre gibt es nicht mehr durch Hartz-Gesetze. Es ist alles abgeschafft worden.



Aus der Wochenzeitung „Freitag“

Man spricht heute davon, dass viele Arbeitslose zu Leihfirmen gehen ...

Für viele ist es die einzige Möglichkeit, überhaupt eine Arbeit zu bekommen. Ich selbst musste mich auch bei Leiharbeitsfirmen vorstellen. Es gibt ganze Betriebe, die nur Leiharbeiter beschäftigen, zum Beispiel das jetzige DHL Fulfilment Center, draußen im Hafen. Das ist der Versand des Non-Food-Bereiches von Tchibo. Früher war das ein Betrieb der Post. Dort gab es einen Betriebsrat und einen Vertrauenskörper, dort war die Gewerkschaft verankert. Den Betrieb haben sie zerschlagen und jetzt heißt es DHL Fulfilment Center. Dort arbeiten 300 Leute, ausschließlich Leiharbeiter. Ich habe mich da vor anderthalb Jahren mal vorgestellt. Der Einstiegslohn betrug € 6,48, Zweischichtarbeit: morgens von 4:00 Uhr bis 13:00 Uhr, die Spätschicht von 13:00 Uhr bis 23:00 Uhr. In der Hauptsaison werden auch Nachtschichten eingelegt.

Bundesweit gibt es mittlerweile ca. 75.000 (Stand Ende 2007) Leiharbeiter, damit hat sich die Zahl seit 2004 mehr als verdoppelt.

Klaus Neumann berät jeden Montag von 9 bis 12 Uhr im DGB-Haus, 2. Etage im Neubau, Tel.: 0421-3301-139

Alte, wollt Ihr ewig leben?

Toni Brinkmann

Die Alten sind ins Gerede gekommen: Es gäbe zu viele von ihnen und sie lebten zu lange, kurz: sie seien zu teuer und belasteten die nachfolgenden Generationen über die Maßen.

Die Kehrseite dieser Debatte bildet die Panikmache mit den angeblich aussterbenden Deutschen. Die Geburtenrate reiche nicht, um die Sozialsysteme auf Dauer zu sichern. Und deshalb wird nun reformiert und reformiert, bis unser in den 70er Jahren aufgebauter Sozialstaat nicht mehr wieder zu erkennen sein wird.

Zu niedrige Geburtenrate?

Fangen wir mit der Geburtenrate an: Seit 30 Jahren hält sie sich auf dem niedrigen Stand von durchschnittlich etwa 1,4 Kindern pro Frau. Mit 82 Millionen ist Deutschland heute das bevölkerungsreichste Land Europas (abgesehen von Russland, das aber teilweise zu Asien gehört) und mit 231 Menschen pro Quadratkilometer auch eines der am dichtesten besiedelten. Nie zuvor gab es so viele Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland: 6,85 Millionen mehr als 1970!

Nicht hohe Geburtenzahlen sichern Renten, sondern ausreichend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Es kommt nicht darauf an, wie viele Menschen erwerbsfähig sind, sondern wie viele sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind! Eine höhere Geburtenrate allein könnte daran nichts ändern. Im Gegenteil: Solange es an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für junge Menschen fehlt, fließt nicht mehr Geld in die Sozialkassen, sondern mehr Menschen sind auf sie angewiesen. Ganz abgesehen davon, dass ohnehin alle Kinder zunächst einmal jahrelang Kosten verursachen.

Steigende Lebenserwartung

Im Grunde ist es doch erfreulich, dass immer mehr Menschen älter werden und nach Familie und Beruf noch eine lebenswerte Zeitspanne entstanden ist.

Zur Zeit beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung In Deutschland für Männer 75,66 und für Frauen 81,81 Jahre; damit liegt unser Land auf einer Liste von 244 Ländern an 37. bzw. 30. Stelle. So schlimm kann es doch also mit der Überalterung noch nicht sein? Wie lebt es sich z.B. in der Schweiz, wo beide Geschlechter älter werden? Oder in Andorra, das bei Männern mit 80,6 und bei Frauen mit 86,6 Jahren die absolute Spitze hält?

Übrigens ist es – leider – keineswegs gesagt, dass die Lebenserwartung ungebrochen so weitersteigen wird: Kinderärzte stellen mit Sorge bei etwa einem Viertel der Kinder Übergewicht fest, Bewegungsmangel, frühzeitigen Konsum von Alkohol, Nikotin und anderen Drogen – das sind alles lebensverkürzende Faktoren. Dazu kommt die sich ausbreitende Armut unter Kindern. Schon 2004 berichtete die Nationale Armutskonferenz, dass arme Menschen sieben Jahre kürzer leben.

Wo liegt das Problem?

Jedenfalls nicht bei den zu vielen Alten, denn wir haben Hunderttausende von Jugendlichen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz und über fünf Millionen Frauen und Männer, die nur zu gern durch ihre Arbeit zum Sozialprodukt beitragen und in die Sozialsysteme einzahlen würden – statt ausgegrenzt in Armut leben zu müssen.

Die aktuellen Probleme der Rentenversicherung und des Gesundheitssystems sind nicht mit Erhöhung des Renteneintrittsalters oder mehr Geburten zu lösen: Die Massenarbeitslosigkeit muss abgebaut und die Vernichtung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zugunsten von Billig- und Ein-Euro-Jobs gestoppt werden. Die Sozialkassen haben ein Einnahme-, kein Ausgabenproblem. Das Volkseinkommen stieg von 2001 bis 2005 real um 81 Milliarden Euro, die darauf gezahlten Steuern und Sozialabgaben wurden dagegen um 46 Milliarden Euro gesenkt. (Prof. L. Jarass)

Wer macht sich schon klar, was die von Demographen, Politikern und Medien herbeigesehnte Alterspyramide in Form einer Tanne für die konkreten Menschen bedeutet? Es gab diese Pyramide im Biedermeier schon einmal und es gibt sie heute in Ländern der sogenannten Dritten Welt: Sie spiegelt hohe Kindersterblichkeit, Mangelversorgung und Hunger! (Quelle: Gerhard Schildt, Aufbruch aus der Behaglichkeit – Deutschland im Biedermeier) Wollen wir das wirklich wieder für unser Land?

Der „vergessene" Faktor Produktivitätsfortschritt

In den letzten 40 Jahren stieg die Produktivität pro Erwerbstätigem durchschnittlich um knapp drei Prozent pro Jahr. Selbst die Herzog-Kommission geht auch für die Zukunft von einer Steigerung von 1,25 Prozent jährlich aus, d.h. es wird mehr erarbeitet werden und infolgedessen auch mehr zu verteilen sein. Nur muss es eben auch verteilt werden!

Dr. Uta Renn, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW e.V. sagte, „dass – wie immer - unreflektierte Behauptungen den Blick für die wesentlichen Probleme in der Gesellschaft verstellen, denn es geht sehr viel weniger um ‚alt und jung', als vielmehr um Verteilungskämpfe auf verschiedenen Ebenen. ‚Alt und jung' spielt dabei in keinem Fall die Rolle. Vergessen wird ja oft auch, dass wir im Verlauf des letzten Jahrhunderts bereits einen riesigen demographischen Wandel hinter uns haben." Frau Renn spielt darauf an, dass im Jahre 1900 noch 12,4 Fünfzehn- bis Fünfundsechzigjährige auf eine Person über 65 Jahre kamen, während es 1970 – als der Sozialstaat aufgebaut wurde - nur noch 4,6 waren. Die prognostizierten Veränderungen von 2000 bis 2010 mit 4,1 auf 3,3 fallen dagegen sehr viel geringer aus.

Toni Brinkmann

Gerd Bosbach, Professor für Statistik, Mathematik und Empirik an der Fachhochschule Koblenz, stellt folgende (vereinfachte) Berechnung an:

„Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3.000 €, so zahlt er etwa 600 € (20%) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2.400 €. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 € inflationsbereinigt 50 Jahre später 5.583 €. Bei einer Steigerung des Abgabe-Satzes für Rentner auf 30% verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3.908 € (plus 63%). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40% Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3.350 € noch 40 Prozent mehr als heute. Von „unbezahlbar" also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden."

Politik statt Demographie

Zum Schluss Prof. Gerd Bosbach: „Soll mit dem „Hammer" Demografie von einem ganz anderen Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen abgelenkt werden? Will man die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer von der Teilhabe am Produktivitätsfortschritt langfristig abkoppeln? Dann wären die Arbeitnehmer tatsächlich nicht so leicht in der Lage, die Versorgung der Jungen und Älteren zu übernehmen.

Das hätte allerdings weniger mit den ‚unausweichlichen' Folgen des Alterungsprozesses zu tun, sondern wäre eine bewusste, politische Entscheidung in Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums!"

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften

Angesichts dieser Situation fordert Annelie Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund „Zeitbombe Altersarmut entschärfen“.

Im Einzelnen werden gefordert:

für die Arbeitswelt

- Gute Arbeit - Arbeitszeit und Leistungsdruck begrenzen
- Gute Arbeit - altersgerechte und lernförderliche Gestaltung der Arbeit
- Gute Arbeit - Prekäre Beschäftigung eindämmen – Belastungen und Risiken verringern in der Altersversorgung
- schrittweise Einführung einer Erwerbstätigenversicherung
- gesetzliche Rentenversicherung als stärkste und verlässlichste Säule der Alterssicherung
- System der gesetzlichen Rentenversicherung muss so ausgestaltet sein, dass alle Menschen in Würde und ohne Armut alt werden können
- der soziale Ausgleich innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung muss steuerfinanziert zu Gunsten von sozial Schutzbedürftigen weiter entwickelt werden
- Einflüsse demografischer Entwicklungen sind dynamisch durch Bundeszuschüsse auszugleichen
- Arbeitslose und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen müssen besser als bisher vor Armut im Alter geschützt werden
- alle Rentenkürzungsfaktoren sind abzuschaffen
- Bundeszuschuss in der gesetzlichen Rentenversicherung auch in Zukunft dynamisch entwickeln
- das Niveau der Beamtenversorgung ist nicht weiter zu kürzen
- gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber, allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anzubieten
- für Klein- und Mittelbetriebe (Handwerk) sind überbetriebliche Fonds einzurichten.

DGB warnt vor mehr Altersarmut

Schwerin (dpa/ND). Vielen Menschen in Deutschland droht nach Einschätzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Alter ein Leben in Armut. Immer mehr Frauen und Männer seien von längerer Arbeitslosigkeit und von Niedriglöhnen betroffen oder nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt, sagte Heinz Stapf-Finé vom DGB-Bundesvorstand am Mittwoch in Schwerin. Dadurch nehme die Gefahr von Altersarmut zu. Der DGB werde das Thema Altersarmut in einer Kampagne Anfang 2009 aufgreifen. Veranstaltungen unter dem Motto „Rente muss zum Leben reichen“ seien unter anderem in Leipzig, Mannheim, Essen und Berlin geplant.

In ihrem Konzept
Für einen Neuen
Generationenvertrag - Neuaufbau
einer solidarischen, verlässlichen
Alterssicherung
möchte die IG Metall

- die „sozialstaatliche Sicherungszusage“,
- den „sozialstaatlichen Verteilungs-Kompromiss“ und
- die „sozialstaatlichen Institutionen“ erneuern.

Das Ziel ist es, Beschäftigungschancen und Einkommenshöhe erhöhen durch

- prinzipielle Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse

- die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen

- eine verteilungspolitische Wende in der Aufteilung des Volkseinkommens im Sinne von mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Die solidarische Alterssicherung soll so ausgestaltet werden, dass das gesetzliche System der Rentenversicherung einen deutlich höheren Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten muss als heute.

Die drei Säulen der Altersversorgung sind deshalb realistisch aufeinander abzustimmen.

Es hat eine Orientierung an der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit zu erfolgen.

Eine Korrektur der unbotmäßigen Entlastung der Arbeitgeber ist vorzunehmen.

Die Private Altersversorgung ist dabei lediglich für Kleinst-Betriebe als sog. „Ausfallbürgschaft“ vorzusehen, wobei die Arbeitgeber die Beiträge für die Beschäftigten einzahlen.

Zum Internationalen Tag älterer Menschen 2008:

„Zeitbombe Altersarmut entschärfen“

Ist-Situation:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund legte in diesem Jahr Eckpunkte zur Zukunftssicherung der Rente dar. Er beziffert schon heute den Anteil der Kleinrenten wie folgt:

„Kleinrenten“

400 bis 699 Euro

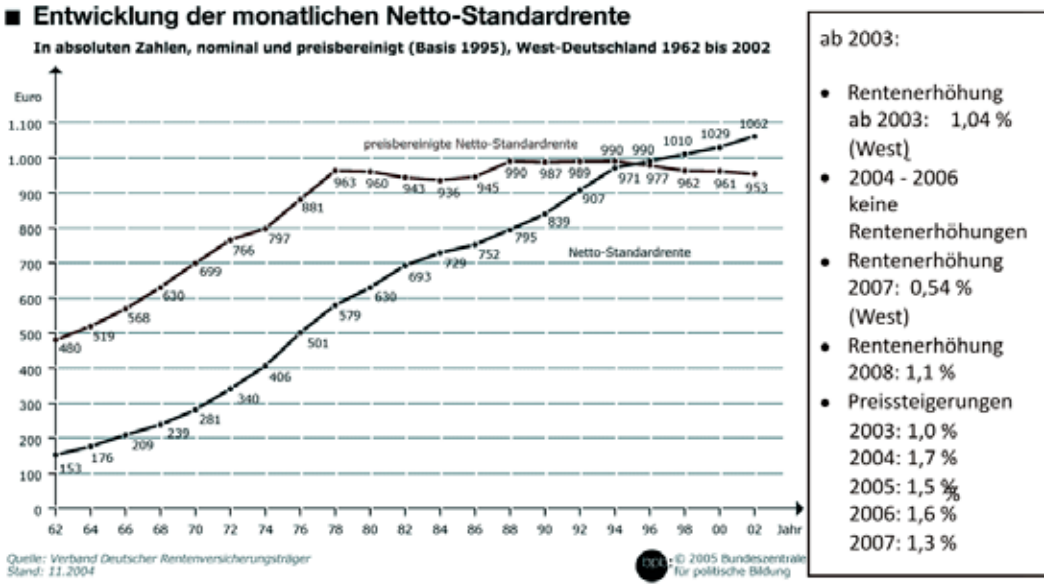
Männer West 13 % (+ 5 %)

Männer Ost 29 % (+ 20 %)

Frauen West 39 % (+ 11 %)

Frauen Ost 44 % (+ 12 %)

Seriöse Berechnungen zeigen, dass es für die Arbeitnehmer/innen in den nächsten 15 bis 20 Jahren immer schwieriger wird, die Lücken in der Alterssicherung durch zusätzliche Vorsorge zu schließen. Die Ursachen: Durch das Rentenreformgesetz 1992 (RRG 1992), die so genannte Riester-Reform (2001), das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz (2004) sowie durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (2007) wurde der Leistungsumfang der gesetzlichen Rentenversicherung stark beschnitten. Die so genannte Riester-Treppe, der Nachhaltigkeitsfaktor sowie der Nachholfaktor senken das „Nettorentenniveau vor Steuern“ nach den Modellrechnungen der Bundesregierung bis 2030 um ca. ein Fünftel (von 53 auf 43 Prozent). Anrechnungszeiten wurden abgeschafft (insbesondere die Anerkennung

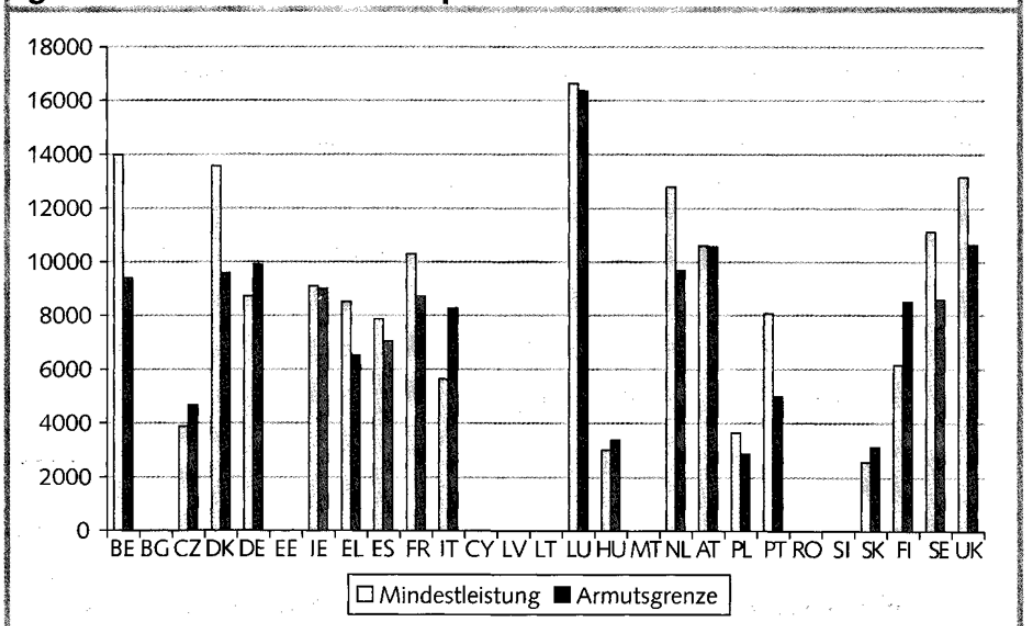


der Ausbildungszeiten), die Rentenbeiträge bei Langzeitarbeitslosigkeit drastisch vermindert. Die systematisch gerechtfertigte Entscheidung für den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung verringert die Nettorenten zusätzlich.

Eine auskömmliche Alterssicherung zu erreichen wird aber nicht nur durch die Leistungskürzungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung erschwert, sondern auch durch die Veränderung in der Arbeitswelt: Leiharbeit, Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs, Armutslöhne und befristete Beschäftigung prägen inzwischen für Millionen von Menschen den Alltag.

Gleichzeitig ist die Mindestsicherung für ältere Menschen in Deutschland im Vergleich zu wirtschaftlich entwickelten EU-Ländern nicht besonders ausgeprägt. Eine Untersuchung zeigt auch, dass die Höhe der gesetzlich geregelten Mindestsicherung in Deutschland noch nicht einmal die - statistische - Armutsgrenze übersteigt (vgl. Tabelle 8 in den WSI-Mitteilungen, April 2008).

Abb. 8: Mindestleistungen für Alte gemäß OECD und Armutsgrenzen gemäß EU-SILC in Kaufkraftparitäten im Jahr 2004



Quelle: Darstellung des Autors auf Basis OECD (2007), Tabellen 0.1 und I.2; Commission of the European Communities (2007), Tabelle 1a, Anhang 1C.

WSI MITTEILUNGEN

Zuschrift von unserem Kollegen Gerd Bohling

Schon gehört,....

- dass 10% der Bevölkerung in Deutschland über 60% des Vermögens verfügen?
- dass die Aldi Brüder die reichsten deutschen Milliardäre sind, jeder hat 20 Milliarden.
- aber dass 1,2 Millionen Menschen vom Arbeitseinkommen nicht leben können und noch zusätzlich Sozialleistungen bekommen müssen? Arm trotz Arbeit?
- In nur 6 von 27 EU-Staaten sind keine gesetzlichen Mindestlöhne vereinbart und Deutschland gehört zu den ersten sechs.
- Die Schere zwischen „arm" und „reich" öffnet sich immer weiter.
  Über 20% Menschen in Deutschland arbeiten zu Niedriglöhnen!

Die Sicherung des Lebensstandards und Vermeidung von Armut im Alter sind für viele nicht mehr gewährleistet. Wir brauchen eine Zukunft für die Jungen und Sicherheit für die Alten.

Wir brauchen
ein Band der Generationen.

Impressum:

Diese Zeitung WIR ist im Rahmen des Qualifizierungsprojektes für ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement (MoQua) von Arbeit und Leben Bremen entstanden. Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis MoQua-DGB-SeniorInnen machen Zeitung
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Gerd Bohling, IGM, Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM, Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di, Christel Odewald, ver.di
Edmund Petschulis, IGM, Brigitte Wilkening, ver.di
Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky
Redaktionsadresse:
c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Manfred Weule, Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Sie können alle unsere Ausgaben im Internet lesen.
Adresse: www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir